

Konrad Elmer-Herzig ¹

In:

„Nichts muss bleiben, wie es ist“

Gedanken zur Gründung der Ost-SPD

Markus Meckel / Steffen Reiche (Hg.) vorwärts-buch, Berlin 2010

Auf der Suche nach den Anfängen für meine spätere Motivation, dem Aufruf zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei in Ostdeutschland mit Begeisterung zu folgen, fällt mir zuerst mein Vater ein, der immer, wenn wir zum Abendbrot beieinander saßen, die Hamburger Nachrichten hörte. Und wehe, das leise Tischgespräch verhinderte, dass er diese nicht verstehen konnte. Auf meine kindlich-naive Frage, warum das denn so wichtig sei, erhielt ich die Antwort: „Vielleicht bricht ja plötzlich der Frieden aus, und wir wissen es nicht einmal.“ Mein Vater befand sich Anfang der 60er Jahre also immer noch im geistigen Kriegszustand, der für ihn erst mit dem Abschluss der 2 plus 4-Verhandlungen 1990 endete. Außer meinem Elternhaus beeinflussten mich zwei vernünftige Lehrer, eine Katechetin und ein philosophisch interessierter Pfarrer.

Mein verstärktes politisches Interesse erwachte 1968 mit Beginn des Prager Frühlings. Allabendlich wurde Radio Prag gehört und bald startete eine Tramp tour durch die Tschechoslowakei, um diesen begeisternden demokratischen Aufbruch hautnah zu erleben. Ein Jahr zuvor hatte ich in Halle/S. mit einem Biologiestudium begonnen. Man fand mich jedoch vor allem in der theologischen Fakultät bei Vorlesungen zur philosophischen Propädeutik oder als engagiertes Mitglied in der Evangelischen Studentengemeinde (ESG), um bald gänzlich zum Studium der Theologie zu wechseln. Mit meinem Studienfreund Oskar Schmidt las ich Carl Friedrich von Weizsäckers Geschichte der Natur. Und wenn dieser im Rahmen der Leopoldina in Halle weilte und zum Abend in der ESG referierte, wurde auch dem Letzten klar, dass die DDR mit ihrer geistigen Enge auf Dauer keinen Bestand haben würde. Nach der Zerschlagung unserer politischen Hoffnung wartete ich auf einen „Prager Frühling“ in Moskau. Dann endlich könnte die Demokratisierung des Sozialismus vielleicht doch noch gelingen.

Während meiner Zeit als Studentenpfarrer der ESG von Ost-Berlin, 1982 bis Sommer '89, stiegen mit den Reformen Gorbatschows unsere Erwartungen. Im September '87 organisierten wir im Rahmen des Olof Palme Friedensmarsches zum ersten Mal eine widerständige Demonstration. Wir hatten sie getarnt als Friedensprozession von der Zions- zur Eliaskirche. Meine Studenten trugen Plakate mit Aufschriften wie: „Frieden ohne Grenzen“, „Schwerter zu Pflugscharen“, „Für einen Zivilen Ersatzdienst“ und Ähnliches. Als wir damals mit brennenden Kerzen auf der Schönhauser Allee sangen: „Die Gedanken sind frei...“, dachte ich bei mir: Wenn es jetzt gelänge den Demonstrationzug zum Alexanderplatz zu lenken und sich die Bevölkerung anschließen würde, dann könnte die Revolution beginnen.

.....
.....

Im Februar '89 gab es bei Pfarrer Hofmeister in Hohenschönhausen (Ostberlin) eine kon-

¹ vgl. meine Erinnerungen, Auf den Anfang kommt es an, <http://www.mein-herbst-89.de/erlebnisberichte/berlin/berlin/247-konrad-elmer-herzig-berlin.html> u. Auf den Anfang kommt es an: Sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR 1989, Interviews und Analysen, Hrsg. W. Herzberg; P. v. zur Mühlen, Bonn: Dietz 1993.

spirative Diskussionsrunde mit Eckhardt Barthel aus Westberlin und weiteren Schöneberger SPD-Leuten. Beim hektischen Auseinandergehen - die Westberliner mussten bekanntlich bis Mitternacht die DDR wieder verlassen - äußerte ich das erste Mal: „Wir müssen eine Partei gründen.“² Dass es sich dabei um eine sozialdemokratische handeln würde, lag nicht nur wegen der Gesprächspartner nahe. Schon immer sympathisierte ich mit der Partei Willy Brandts, dessen neue Ostpolitik wir begrüßten. Auch hatte sich mein Vater nach dem Krieg in der SPD engagiert, bis er wenige Jahre später aus der SED geworfen wurde. Sein Vergehen bestand darin, dass er als Forstmeister um einer nachhaltigen Forstwirtschaft willen gegen die die Waldverjüngung ruinierende „Waldweide“ der Einwohner mit ihren Ziegen und Schafen opponierte. Das wurde als unproletarisches Verhalten ausgelegt und kostete ihn die bereits in Aussicht gestellte Forstprofessur.

1961 wurden wir im Zusammenhang des Mauerbaus aus dem Grenzgebiet im Südharz zwangsumgesiedelt, nachdem mein Vater als Naturschutzbeauftragter es gewagt hatte, an den zuständigen General der Grenztruppen zu schreiben, ob es nicht möglich sei, einen nur halb so breiten Grenzstreifen in die besonders naturgeschützten Wälder zu schlagen. Solche familiären Erfahrungen haben mich nachhaltig DDR-staatskritisch geprägt. Auch beeinflusste mich das ökologische Engagement meines Vaters, der im Alter darauf hinweisen konnte, dass jeder 3. Baum im Nordhäuser Südharz nur deshalb noch steht, weil es ihm gelungen war, diesen herrlichen Wald als Naturschutzgebiet einzustufen, ein Status, der mit der Deutschen Einheit den Lobbyisten der Kalkindustrie zum Opfer fiel.

Mit großem Interesse las ich 1988 Hannah Arendts Buch „Über die Revolution“. Mich beeindruckte ihre Leidenschaft für politische Freiheit und das Glück im Öffentlichen, dass nämlich „keiner ‚glücklich‘ genannt werden kann, der nicht an öffentlichen Angelegenheiten teilnimmt, dass niemand frei ist, der nicht aus Erfahrung weiß, was öffentliche Freiheit ist, und dass niemand frei oder glücklich ist, der keine Macht hat, nämlich keinen Anteil an öffentlicher Macht.“³ Erst in der gemeinsamen Vergewisserung über das, was ist, so Arendt, gestaltet sich für uns die Wirklichkeit und das, was wir politisch wollen. Daher brauchen wir das Gespräch in überschaubaren diskussionsfähigen Gruppen. Mit anderen Worten, wir brauchen eine Staatsform, die an ihrer Basis aus lauter Runden Tischen besteht. Diese werden durch übergeordnete, gewissermaßen darüber gestellte Tische, an denen die Delegierten frei und also ohne imperatives Mandat die Vorschläge der unteren Ebene beraten, zusammengefasst. Das geht so weiter bis zum obersten Runden Tisch, dem „Bundesrat“. Eine derartige ‚Räpräsentative Basisdemokratie‘ ermöglicht es allen Beteiligten, das Glück der freien politischen Betätigung im öffentlichen Raum zu finden, statt, um mit Biermann zu reden, „wie Vieh regiert“ zu werden.

Außerdem lernte ich von Arendt, dass es möglich sei, neue Anfänge zu setzen, ohne sich rückzuversichern. Warum also kein neuer Anfang jetzt, ohne externe Legitimation, wie sie sich das Neue Forum damals noch von einer ordentlichen Anerkennung durch die DDR-Staatsmacht erhoffte.

In dieser Stimmungslage zeigte mir Propst Furian im Ev. Konsistorium am 29. August `89 mit skeptischem Kommentar den „Aufruf zur Bildung einer Initiativgruppe, mit dem Ziel, eine sozialdemokratische Partei in der DDR ins Leben zu rufen“.⁴ Ich bat ihn um eine Kopie

² Interview von Horst Uebelgünn mit Renate Hofmeister. In: 20 Jahre SPD, Wiedegründung der SPD in Lichtenberg und Hohenschönhausen, Hrsg. SPD Lichtenberg, Berlin 2009, S. 16.

³ Hannah Arendt, Über die Revolution, Serie Pieper 1974, S. 162ff u. 319ff

⁴ <http://www.ddr89.de/ddr89/sdp/SDP5.html>

und überlegte mehrere Tage, ob ich von meiner politischen Idealvorstellung einer ‚Repräsentativen Basisdemokratie‘ Abstand nehmen soll. Mir wurde klar, dass, selbst wenn uns diese in Ostdeutschland gelingen würde, wir als der kleinere Teil Deutschlands dies bei einer späteren Vereinigung mit Westdeutschland nicht gegen die dort etablierte Parteidemokratie würden durchsetzen können. Und so griff ich zum Hörer, um meinem Greifswalder Studentenpfarrerkollegen und Mitunterzeichner besagten Aufrufs, Arndt Noack, meine Hilfe zur Parteigründung anzubieten.⁵

Von unserer sozialdemokratischen Gründung her beschäftigen mich bis heute vor allem folgende sechs Themenfelder:

1. Stärkung des Sozialstaates als Basis der Freiheit

Freiheit ist nicht ohne eine ausreichende materielle Basis des Einzelnen möglich. Außerdem muss die „Macht des Geldes“ vom Bereich des Politischen möglichst fern gehalten werden. Unserer früheren politischen Hoffnung einer Demokratisierung des Sozialismus entsprechend - auf die viele heute nicht mehr angesprochen werden möchten – wollten wir den Kommunisten beweisen, dass ein gerechtes und soziales Miteinander erst in der Marktwirtschaft richtig gedeihen kann, vorausgesetzt der Kapitalismus wird durch einen Staat, der stärker ist in die richtigen Bahnen gelenkt. Dazu müssen die Abgeordneten in den Parlamenten und die Regierenden unabhängig und mindestens so mächtig sein wie die Kapitaleigner und deren Lobbyisten. Deshalb ist in unserem Statut folgendes zu lesen:

„§ 8 Aller Monopolisierung und Zentralisierung in Staat und Gesellschaft ist entgegenzutreten, wenn sie die sozialen und politischen Rechte der Bürger beeinträchtigt. Für die Wirtschaft, besonders auch im Hinblick auf den staatlichen Sektor, bedeutet dies, bei unvermeidbaren Monopolen eine demokratische Kontrolle sowie Überprüfung der ökonomischen Effizienz und Umweltverträglichkeit zu sichern.

§ 9 Es wird eine ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft mit gemischter Wirtschaftsstruktur und unterschiedlichen Eigentumsformen angestrebt. Zielbestimmungen sind:

- a) Undemokratische und unsoziale Auswirkungen und Konzentration wirtschaftlicher Macht sind zu verhindern.
- b) Die natürliche Umwelt ist durch das Einbeziehen der ökologischen Kosten in das Marktgeschehen zu bewahren.
- c) Diejenigen, welche die Werte schaffen, sind an den Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen (Mitbestimmung), dem Produktivvermögen (Miteigentum) und den Gewinnen zu beteiligen.“⁶

Europa ist geprägt von der Tradition christlicher Nächstenliebe. Diese ist nicht nur auf individueller, sondern auch auf überindividueller Ebene tätig, damit von ihr nicht nur jene Menschen erreicht werden, die sich im Wahrnehmungshorizont solidarisch gesinnter Wohlhabender befinden. Aus Gründen der Gerechtigkeit sind alle Bedürftigen gleichermaßen zu versorgen und alle Wohlhabenden im Rahmen einer angemessenen Steuergesetzgebung zur Solidarität zu verpflichten. Nach der Vereinigung haben wir in der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat (GVK) dazu folgendes Staatsziel zur Abstimmung gebracht: „Der Staat gewährleistet ein System der sozialen Sicherung.“

⁵ alles Weitere zum Gründungsverlauf s. Anm. 1

⁶ Statut der SDP v. 7. 10. 1989, <http://www.ddr89.de/ddr89/sdp/SDP23.html>

Natürlich gehen bestimmte Aspekte der Nächstenliebe über das Pekuniäre hinaus. Diese kann der Staat von Rechts wegen nicht verordnen sondern lediglich begünstigen. Z.B. indem er Vereine und Institutionen fördert, die der Mitmenschlichkeit dienen. Damit er dazu auch in Zeiten klammer Kassen verpflichtet ist und zugleich alle Bürgerinnen und Bürger dazu aufgerufen sind, habe ich damals mit Hilfe meiner Bonner Mitarbeiter Erika Rauschenbusch und Stefan Grönebaum folgenden Antrag in Gestalt eines verfassungsethischen Impulses in die GVK eingebracht:

2. „Jeder ist zu Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn aufgerufen“⁷

Damit wollte ich, was den ersten Begriff betrifft, zugleich ein erfreuliches Nebenprodukt der unerfreulichen DDR-Epoche in das gemeinsame Deutschland hinüberretten.⁸ Der Antrag scheiterte zwar am Widerstand der CDU-Führung, obwohl mich nicht nur die Mehrheit der Parlamentarier, sondern auch der die CDU beratende konservative Verfassungsrechtler Isensee unterstützte⁹. Erfreulicherweise hat mein Anliegen jedoch Eingang in die Präambel der Charta der Europäischen Grundrechte gefunden, so dass jetzt nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa gilt: „Die Ausübung dieser Rechte ist mit Verantwortung und Pflichten sowohl gegenüber den Mitmenschen als auch gegenüber der menschlichen Gemeinschaft und den künftigen Generationen verbunden.“¹⁰ (Hier keinen Absatz mehr machen!) Und so hoffe ich, eines Tages auch im Grundgesetz unseren Präambelvorschlag von 1994 lesen zu können: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, *auf Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn aller vertrauend*.....hat sich das Deutsche Volk diese Verfassung gegeben.“¹¹

Gleiche Bildungschancen für alle

Die neuzeitliche Wissenschaft macht überdeutlich, wie sehr wir durch das geprägt sind, was in Kindheit und Jugend auf uns einwirkte. Darum ist Freiheit ohne umfassende Bildung nicht wirklich gesichert. Und so lautet ein weiteres von uns damals gefordertes Verfassungsziel: „Der Staat schützt und fördert den Zugang eines jeden Menschen zur Bildung.“¹²

Bereits in der Volkskammer habe ich mich als Vorsitzender des Bildungsausschusses mit meinem Referenten Jochen Schweitzer im Gegensatz zum damaligen DDR-Bildungsminister Hans-Joachim Meyer für die Gesamtschule und gegen das dreigliedrige Schulsystem eingesetzt. Noch vor der Vereinigung gründeten wir in Ostberlin und später in allen neuen Ländern die Arbeitsgemeinschaft für Bildung, AfB, um den diesbezüglich Engagierten eine politische Heimat zu geben. Wie PISA belegt, bleibt hier noch viel zu tun.

⁷ Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 2a) Dt. Bundestag, Drs 12/6708, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/12/067/1206708.pdf>

⁸ Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn, in: Erich Fischer/Werner Künzel (Hrsg.), Verfassungsdiskussion und Verfassungsgebung 1990-1994 in Deutschland, 3 Bd., Schkeuditz 2005, Bd.1, S.105-124, <http://www.elmer-herzig.de/?p=15>

⁹ J. Isensee, Mit blauem Auge davongekommen – das Grundgesetz, Neue Juristische Wochenschrift, 1993, H. 40, S. 2587: „Von all den zahlreichen Änderungsanträgen, die gescheitert sind, ist es um einen schade, einen neuen Art. 2a GG, der Unterstützung quer durch alle Fraktionen erfahren hat: ‚Jeder ist zu Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn aufgerufen‘...“

¹⁰ Charta der Grundrechte der Europäischen Union, ABl.der Europäischen Gemeinschaft v. 18.12.2000, S. 364/8, http://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf

¹¹ <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/12/081/1208171.pdf>, vgl. meinen Brief vom 9.11.2009 an die derzeitige Bundeskanzlerin, http://www.elmer-herzig.de/?attachment_id=171

¹² <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/12/060/1206000.pdf>, Dt. Bundestag Drs. 12/6000, S. 77, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/12/060/1206000.pdf>

Auch müsste die Rahmenkompetenz in Bildungsfragen der Bundesebene zugeordnet werden, um die Vergleichbarkeit der Abschlüsse und eine größere Mobilität der Familien abzusichern.

4. Repräsentative Basisdemokratie

Das Elend zentralistischer Machtstrukturen haben wir in der kommunistischen Diktatur lange genug erlebt. Wie sehr Menschen durch solche Strukturen geprägt werden, konnte jeder im Prozess der Einigung erleben. Es waren 1945 die gleichen Deutschen in West und Ost, mit denselben kulturellen Prägungen, die einem 40jährigen „Sozialexperiment“ ausgesetzt wurden, bei dem die einen in freiheitlichen, die anderen in totalitären Strukturen leben mussten, die ihnen andere verordnet hatten. Am Ende konnte jeder sehen, wie bei den gleichen Deutschen sich durch unterschiedliche Strukturen auch unterschiedliche Eigenschaften ausgeprägt hatten.

Umso dringlicher stellt sich die Frage, welche politischen Strukturen der Freiheit am dienlichsten sind. Und da bin ich mit Hanna Arendt der Meinung, dass wir mit unserer derzeitigen parlamentarische Parteiendemokratie noch lange nicht am Ziel bestmöglicher Begünstigung von Freiheit und Partizipation angekommen sind. Deshalb wollte ich zunächst einmal die innerparteiliche Demokratie verbessern, ein Versuch, dessen Vermächtnis in § 8(1) des Statuts der Bundes-SPD zu lesen ist: Es „vollzieht sich die politische Willensbildung der Partei *von unten nach oben*.“¹³

Mit dem Zusatz „Repräsentative“ grenze ich mich von Vorstellungen der reinen Basisdemokratie ab, bei der in großen Vollversammlungen, oder, wie derzeit von Norbert Lammert favorisiert, durch Internetforen wesentliche Meinungsbildung betrieben und Entscheidungen herbeigeführt werden. Stattdessen favorisiere ich, die überschaubaren, gesprächsfähigen Gruppen, die sich miteinander durch darüber gelagerte Räte vernetzen und auf diese Weise eine qualifizierte Meinungsbildung und Entscheidungsfindung ermöglichen.¹⁴ Als Initialzündung mag eine Internetdiskussion behilflich sein. Dann aber müssen die ernsthaft Interessierten sich vor Ort zu einer konkreten politischen Gruppe zusammenfindet, um nach der Entscheidungsfindung zwei für die Vertretung des Ergebnisses geeignete Delegierten für die nächsthöhere Ebene auszuwählen.

Bis es zu einer derart qualifizierten politischen Struktur kommt, sind alle Formen direkter Demokratie zu begrüßen, auch wenn die Meinungsbildung dort stärker von Stimmungen beeinflusst und leichter manipulierbar ist. Übrigens hoffe ich weiterhin, dass bald eine mutige SPD-geführte Mehrheit im Bundestag unter Berufung auf den bisher nicht eingelösten Art. 146 unseres Grundgesetzes eine Verfassungsgebende Versammlung einberuft, die neben den erwähnten Staatszielen die Möglichkeit von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid auf Bundesebene (über die bisherige Möglichkeit des Art. 22 GG hinaus) in die durch Volksentscheid zu beschließende neue Verfassung schreibt.

¹³ Vgl. K. Elmer, Vor- und Wirkungsgeschichte des Organisationsstatuts der SDP. In: Von der Bürgerbewegung zur Partei. Die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR. Diskussionsforum im Berliner Reichstag am 7. Oktober 1992. Hrsg. D. Dowe, Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Gesprächskreis Geschichte, H. 3, Bonn 1993. <http://www.fes.de/fulltext/historiker/00151003.htm>

¹⁴ Vgl. K. Elmer, Innerparteiliche Rätedemokratie – Zwischen Basis-Ideologie und Kanzlerwahlverein. Unerledigte Anfragen aus dem Statut der SDP. In: Vorwärts, rückwärts, seitwärts...Hrsg. P. v. Oertzen, SPW-Vlg. 1991, <http://www.elmer-herzig.de/?p=82>

Europa und die UNO stärken unter Beachtung der Subsidiarität

Wir wollten damals die Einheit Deutschlands im europäischen Kontext voranbringen. Und so liegt mir bis heute die Stärkung und weitere Demokratisieren der politischen Strukturen Europas am Herzen. Dieser Hoffnung entsprechend, werbe ich auch heute noch für die Aufnahme aller osteuropäischen Staaten, sofern sie es wünschen. Entscheidend für ein gutes Funktionieren großer politischer Zusammenschlüsse ist die Beachtung des Prinzips der Subsidiarität. Dieses bedeutet, dass alle Entscheidungen auf der tiefstmöglichen Ebene, auf der sie noch sinnvoll entscheidbar sind, getroffen werden.

Gleichzeitig muss idealtypisch betrachtet aber auch eine Weltregierungsebene installiert werden, bzw. gilt es, die UNO dahingehend zu stärken und auszubauen. Nur darf diese höchste politische Ebene eben keine Entscheidungsbefugnisse für Problemfelder bekommen, die auch auf niedrigerer Ebene zu lösen sind. Das eigentliche Problem bezieht sich also nicht auf die Frage „zentralistischer Staat“ oder „Basisdemokratie“, sondern betrifft das Finden der angemessenen Ebene für jeden einzelnen Entscheidungsgegenstand.

Gleiche Lebenschancen für künftige Generationen

Auf der einen Seite versuche ich entsprechend dem „Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung“ die Verantwortung meiner Kirche für die eine Welt zu verstärken. Auf der anderen Seite ist es ein Trauerspiel, wie es z. B. der Autolobby immer wieder gelingt, unsere Regierung, wie unlängst bei der Abgasnorm, in Brüssel zu ihren Gunsten intervenieren zu lassen. Da ist es ein Fortschritt, dass nach den neuen politischen Strukturen des Vertrages von Lissabon in Zukunft auch Deutschland bisweilen von den anderen Europäern überstimmt werden kann.

Wieder zeigt sich die heilsame Wirkung des Subsidiaritätsprinzips, dass nämlich viele Umweltstandards sinnvoll nur auf höherer Ebene als der nationalen entscheidbar sind. Letztlich müssten im Blick auf die grundsätzlichen Fragen der Umweltpolitik alle Staaten ihre diesbezügliche Souveränität an eine UNO-Weltregierung abtreten, was freilich noch etwas dauern dürfte aber spätestens nach einer alle betreffenden großen Umweltkatastrophe geschehen wird.

Zur Zeit habe ich die folgenlosen Umweltdiskussionen satt und organisiere lieber ein paar konkrete ökologische Projekte. Diese werden finanziert aus einem Ökofonds, den die Potsdamer Stadtwerke füllen, nachdem sie der dezente Hinweis erreichte, dass sämtliche Kirchgemeinden andernfalls zu einem Ökostromanbieter wechseln könnten.

Arbeitsverbrauchssteuer zur Beschleunigung von Arbeitszeitverkürzung

Da die Selbstachtung des Menschen in unserer Leistungsgesellschaft massiv unter Arbeitslosigkeit leidet, hatten wir in der Verfassungskommission folgendes Staatsziel eingebracht: „Der Staat trägt zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen bei. Er sichert im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts einen hohen Beschäftigungsstand.“¹⁵

Angesichts der fortschreitenden Technisierung fast aller Arbeitsbereiche sowie der Globalisierung wird Vollbeschäftigung mit den bisherigen Mitteln kaum noch zu erreichen sein. Statt uns über eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit zu streiten, sollten wir in Zukunft für eine gerechtere Verteilung der immer weniger werdenden bezahlbaren Arbeit sorgen.

¹⁵ Siehe oben, Fußnote 12, S. 76,

Deshalb mein Vorschlag: Die Tarifpartner verpflichten sich, in jenen Bereichen, in denen die Arbeitslosigkeit über 5% liegt und genügend entsprechend qualifizierte Arbeitslose vor der Tür stehen, bei den Tarifverhandlungen nur noch über die Höhe der Arbeitszeitverkürzung zu verhandeln. Auf diese Weise würden die Gewerkschaften nicht nur die Interessen der Arbeitsplatzbesitzer sondern auch die der Arbeitslosen vertreten.

Außerdem müsste in die Steuertabelle ein zu steuernder Faktor „Arbeitsverbrauch“ eingearbeitet werden, so dass z.B. ein hundertprozentig Angestellter mehr als bisher und ein achtzigprozentig Angestellter weniger als bisher besteuert wird. Dann würde so mancher, statt auf einem Vollzeitjob zu bestehen, lieber einen prozentual etwas darunter liegenden Teilzeitjob annehmen, wodurch insgesamt mehr Menschen in Arbeit kämen. Gleichzeitig müssten die entsprechenden Abgaben der Betriebe so gestaffelt werden, dass es sich für sie finanziell lohnt, mehr Teilzeitarbeitsplätze anzubieten.

Nachwirkungen und Lerneffekte

Auf die Frage, was wir hätten besser machen können, fällt mir natürlich das Problem des zeitweilig generellen Aufnahmestops für SED-Mitglieder ein, der in den geringen Mitgliederzahlen unserer SPD-Landesverbände nachwirkt und den ostdeutschen Einfluss auf die Bundes-SPD schmälert. Es hätte m. E. genügt, ihnen für die Übergangszeit das passive Wahlrecht für höhere Ämter zu verwehren. Lediglich für den Fall, dass sie in einer Basisgruppe bald die Mehrheit bilden würden, hätte man dort auf weitere Aufnahmen verzichten sollen. Es gab durchaus vernünftige SED-Leute, die sich schon seit Jahren innerlich von ihrer unbelehrbaren Führungsriege verabschiedet hatten und auf der Suche nach einer anderen politischen Heimat waren.

Mir selber werfe ich vor, nach der Gründung mich nicht sofort mit ganzer Kraft dem Aufbau der SDP gewidmet zu haben. Eigentlich hätte ich damals meinen Beruf aufgeben, mit dem Trabi in meine Heimat nach Thüringen fahren und jeden Abend in einer anderen Stadt die SDP gründen sollen. Denn wer zuerst kam, zu dem kamen die politisch Interessierten. Ich aber ging davon aus, dass ich auch weiterhin meine Familie zu ernähren hätte und deshalb die gerade angetretene Dozentur wenigstens einigermaßen mit Vorlesungen ausfüllen muss, die in zeitraubender Arbeit erst noch zu erstellen waren. Hier habe ich damals im Unterschied zur Gründungsphase zu wenig riskiert.

Des Weiteren hat mich die Erfahrung gelehrt: Willst du in den real existierenden politischen Strukturen etwas bewirken, ist es leider wichtiger, deine Energie in Netzwerke zum Machterhalt und Machtausbau zu investieren, als in Sacharbeit.¹⁶ Auch musste ich lernen, nur mit den realen Mehrheiten und Eigeninteressen der politisch Agierenden zu rechnen. Es war blauäugig zu meinen, andere würden die uns gerechterweise zustehende Chancengleichheit berücksichtigen. Möglicherweise hat auch Richard Schröder Ähnliches gedacht, als er unsere diversen Bedenken vor dem Beitrittsbeschluss der Volkskammer mit dem Satz beiseite schob: „Wir fallen doch nicht unter die Räuber.“ Helmut Kohl und die seinen haben sich jedenfalls nicht gescheut, das Versprechen, sehr bald nach der Einheit eine offene Verfassungsdiskussion zu führen, zu einer Farce verkommen zu lassen.

Auch war es blauäugig innerhalb der SPD zu hoffen, dass die Westberliner Parteitagsdelegierten den Ostberliner Bundestagsabgeordneten ein paar sichere Listenplätze abgeben würden. Sie haben mit ihrer überwältigenden Mehrheit ihre eigenen Kandidaten platziert

¹⁶vgl. 4 Thesen zur Erinnerung an den 4. 11. 1989, <http://www.elmer-herzig.de/?p=99>

und sich nicht gescheut, Ostberlin, vom Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse einmal abgesehen, leer ausgehen zu lassen. Wir hätten bereits in den Fusionsverhandlungen einen Wahlmodus durchsetzen müssen, bei dem Ostberlin bestimmte Listenplätze zugeteilt bekommt, die wir dann aus unserer Mitte heraus selber besetzen können. Auch wäre es besser gewesen, statt den Einigungsprozess sehr bald den gesamtdeutschen demokratischen Mehrheiten zu überlassen, unter der Überschrift „Minderheitenschutz“ bei den Ostdeutschland betreffenden Fragen ein Vetorecht der neuen Länder vorzusehen.

Aber blicken wir lieber nach vorn und beantworten die Frage, ob es sich überhaupt noch lohnt, unter den Bedingungen der Postdemokratie¹⁷ politisch tätig zu sein? Mir jedenfalls ist die Überzeugung geblieben, dass so, wie sich keine der europäischen Diktaturen auf Dauer halten konnte, auch die heutigen politischen Strukturen und Verhältnisse verändert werden können, und dass ein mutiger Aufbruch zur richtigen Zeit sich immer noch lohnt, sofern der Anfang gut bedacht, denn auf den Anfang kommt es an!

¹⁷ Colin Crouch, Postdemokratie, edition suhrkamp, Frankfurt/M 2008